



Klaus Hagemann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stv. Vorsitzender des Petitionsausschusses
Mitglied im Haushaltsausschuss

Wahlkreisbüro Worms
Tel. 0 62 41 – 30 52 49
Fax: 0 62 41 – 30 52 54
klaus.hagemann@wk.bundestag.de
www.klaus-hagemann.de

**Zuckermarktordnung: MdB Hagemann bringt
Interessenvertreter an einen Tisch**
Zuckerwirtschaft in Rheinhessen erhalten

Monsheim/Rheinhessen, 28. Februar 2005



**Zu einem runden Tisch haben sich Vertreter des
Verbands der Hessisch-Pfälzischen
Zuckerrübenanbauer, der Südzucker AG sowie
Bundes- und Kommunalpolitiker auf Einladung des
Bundestagsabgeordneten Klaus Hagemann (SPD) in
der Verbandsgemeindeverwaltung Monsheim
getroffen, um über die aktuellen Reformvorschläge
der Europäischen Kommission zur
Zuckermarktordnung zu diskutieren. Im Vordergrund
stand dabei für die Politiker, die Befürchtungen
der regionalen Interessenvertreter aufzugreifen,
um vor diesem Hintergrund weiter auf die
Beratungen in der Europäischen Union über eine
reformierte Zuckermarktordnung einzuwirken.**

Neben Hagemann, seinem Bundestagskollegen Gustav Herzog (SPD) aus dem Zellertal, dem zuständigen Berichterstatter im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft kamen Landrat Ernst-Walter Görisch, der Verbandsbürgermeister von Monsheim, Ralph Bothe und der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Grünstadt-Land, Eugen Ackermann, mit dem

Vorstandsmitglied der Südzucker AG, Professor Dr. Markwart Kunz, dem Verbandsvorsitzenden Ernst Wechsler, dem Verbandsgeschäftsführer Dr. Christian Lang, Vertretern des Betriebsrates sowie weiteren Interessenvertretern der Zuckerwirtschaft und Rübenanbauern zusammen.

Die von der Europäischen Kommission unterbreiteten aktuellen Reformvorschläge zur Zuckermarktregelung sind bei den betroffenen Rübenanbauern in der Region auf deutliche Kritik gestoßen. Die Brüsseler Vorschläge sehen ursprünglich vor, die bisher garantierten Preise und Produktionsquoten in mehreren Schritten ab dem 1. Juli 2005 deutlich zu reduzieren. Viele Rübenanbauer, darunter auch leistungsstarke, sähen dadurch ihre Existenz gefährdet, sagte Adolf Dahlem, ein Rübenanbauer aus der Region.

Ein zentrales Ziel der Zusammenkunft war es deshalb, die unterschiedlichen Standpunkte zu Chancen und Risiken einer reformierten Zuckermarktregelung auszutauschen und diese der Politik mit auf ihren Weg in die Beratungs- und Entscheidungsgremien auf nationaler und europäischer Ebene zu geben. Die Notwendigkeit für Reformen der seit 1968 gültigen Zuckermarktordnung wurde dabei von allen akzeptiert. Einig war man sich an erster Stelle darin, dass die Zuckerproduktion aus Zuckerrüben in Rheinhessen, Deutschland und in der Europäischen Union auch in Zukunft gesichert sein müsse. Dabei solle Rheinhessen als eine der leistungsfähigsten Regionen in der Zuckerrübenproduktion erhalten und eigentlich durch die Reform gefördert werden. Hagemann betonte, dass bereits aus wirtschaftlichen und landespflegerischen Gründen im Landkreis Alzey-Worms mit seinen insgesamt rund 7.000 Hektar großen Anbauflächen Zuckerrübenanbau notwendig sei. Die Rübenbauern sollten auch künftig ihr Einkommen unter wirtschaftlich tragbaren Bedingungen sichern können, forderte der SPD-Parlamentarier. Lang verwies auf die guten Anbaubedingungen und die hohe Effizienz beim Zuckerrübenanbau in Rheinhessen. „Und nicht zuletzt sichert der Zuckerrübenanbau in Rheinhessen Hunderte an Arbeitsplätzen“, war sich Hagemann mit dem Betriebsrat und dem Leiter des Offsteiner Südzucker-Werkes, Dr. Arend Reinefeld, einig. So ist der Offsteiner Standort Arbeitgeber für mehr als 400 Menschen und allein in der Verbandsgemeinde Monsheim lebten rund 100 Familien von der Zuckerrübe. Professor Kunz hob in diesem Zusammenhang auch die Innovationskraft des Offsteiner Standortes hervor, um die immer wichtiger werdende Wettbewerbsfähigkeit auf dem Zuckermarkt zu garantieren. In Offstein seien große Summen in die zukunftsweisende Biotechnologie investiert worden.

Abschließend forderte Wechsler, dass der europäische Zuckermarkt nicht durch eine völlige Marktöffnung für Billiglohnländer mit ihren

rigiden Anbau- und Abbaupraktiken zerstört werde. Deutschland dürfe beim Zucker nicht von einigen wenigen den Markt dominierenden Ländern abhängig werden.

Hagemann und Herzog sagten zu, sich auch weiterhin innerhalb der SPD-Fraktion und auf europäischer Ebene um einen fairen Interessenausgleich zu bemühen und die in der Zusammenkunft gewonnenen Erkenntnisse in die weiteren Beratungen mit einfließen zu lassen. Einen ersten Erfolg konnte Herzog bereits vermelden: „Vor 2006 wird es keine Änderungen der bestehenden Zuckermarktordnung geben“.

Marco Sussmann